

Denkmalpflege unter Abbruchgefahr

Der Entscheid über schützenswerte Bauten soll den St. Galler Gemeinden überlassen werden. Heimatschutz und Fachverbände wehren sich.

Marcel Elsener

«So nicht! Diese Vorlage geht in eine völlig falsche Richtung und muss zurück an den Absender.» Kathrin Hilber, Präsidentin Heimatschutz SG/AI und ehemalige SP-Regierungsrätin, sagte am Dienstag der vom Kanton St. Gallen geplanten Gesetzesänderung zur Denkmalpflege den Kampf an. Nachdem ihr Verband den Protest gegen das Vorhaben, die nationalen und kantonalen Schutzobjekte künftig den Gemeinden zu überlassen, bereits im Oktober formuliert hatte, erhält er nun Support von weiteren Schutz- und Fachverbänden wie den Architekturverbänden SIA, BSA und Werkbund, den Umweltorganisationen WWF und Pro Natura sowie dem Landschaftsschutz Schweiz.

Um die drohende Schwächung der Denkmalpflege zu verhindern, müssten die Verbände jetzt vereint ihre Verantwortung wahrnehmen, sagte Hilber an einer Medienkonferenz in der St. Galler Lokremise, einem Industriedenkmal von nationaler Bedeutung, das einst einem Postverteilzentrum hätte weichen sollen. Statt später mittels Referendum oder Rechtsmitteln könne die «Fehlentwicklung» noch auf politischem Weg verhindert werden – Mitte Januar tagt die vorbereitende Kommission, Mitte Februar berät der Kantonsrat die Vorlage in erster Lesung.

«Die Gemeinden sind überfordert»

Die Kantone dürften ihren Schutzauftrag «nicht einfach nach unten an die Gemeinden delegieren», unterstrich Martin Killias, Präsident Schweizer Heimatschutz. Die meisten Gemeinden seien mit dem Denkmalschutz fachlich und aufgrund ihrer Nähe zur Bauwirtschaft überfordert. Dem Kanton St. Gallen drohe mit der Kommunalisierung ein «explosives Gemisch», sagte der frühere Straf-

rechtsprofessor, der auch an der Universität St. Gallen lehrte. Dies, weil der Kanton vor zehn Jahren das Verbandsbeschwerderecht abgeschafft hatte und somit die Baukompetenz allein bei der Mitwirkung der kantonalen Fachstelle verblieb. Die Folgen des abgeschafften Beschwerderechts («ein Sündenfall») seien in vielen einst schönen und nun verunstalteten Landstädtchen wie Altstätten, Rheineck oder Sargans erkennbar.

Der Wegfall der starken Kontrollfunktion des Kantons wäre «bundes- und völkerrechtswidrig», betonte der Rechtsexperte. Das Bundesgericht habe die Kantone schon mehrfach auf ihre Pflichten im Denkmalschutz hingewiesen, zuletzt im April 2021 prononciert an die Adresse Zugs, das mit seiner Gesetzesrevision eine «Bruchlandung» erlitt. Nebst dem Landesrecht gelten laut Killias überdies die internationalen Verpflichtungen, namentlich das Granada-Abkommen zum Schutz des baugeschichtlichen Erbes in Europa. Er hoffe, St. Gallen könne die «unheilvollen» Pläne noch in der Vorbereitung stoppen, ansonsten hätte der Kanton mit Blick auf das übergeordnete Recht «ein hohes Prozessrisiko».

Weit weniger Ressourcen als in Vergleichskantonen

Nur eine Minderheit der 77 St. Galler Gemeinden hat eine eigene Denkmalpflege (wie die Hauptstadt) oder entsprechende Fachkommissionen. Die Mehrheit könne die Schutzaufgabe nicht erfüllen, was sich auch bei der längst überfälligen Nachführung der lokalen Inventare zeige, betonten Vertreter der Architekturverbände. Die Liste der geschützten Bauten reiche bei den meisten Gemeinden nur bis 1920, sagte etwa Joshua Loher vom Werkbund. «Seit hundert Jahren wächst die Lücke der ungeschützten Objekte, umso grössere Sorgen muss man sich fürs baukulturelle Erbe in Zukunft



Aus dem Schutz entlassenes Industriedenkmal: Die Spinnerei Uzna-berg soll einem Firmenneubau weichen. Bild: Nik Roth



Villa Gassner in Flums: Trotz der Intervention der Denkmalpflege und einer Einwohnerpetition vom Abbruch bedroht. Bild: Heimatschutz SGAI



Das im 17. Jahrhundert erbaute Bad Kobelwies in Oberriet wurde trotz Schutzverordnung vor einigen Jahren abgebrochen. Bild: PD

machen.» Dabei machten die schützenswerten Bauten lediglich zwei bis drei Prozent des gesamten Baubestandes aus. «Gerade weil es so wenig ist, müssen wir genau hinschauen», sagte Loher. Diesen fachlichen Schutz jetzt aufs Spiel zu setzen, komme ihm vor «wie eine vom Aussterben bedrohte Tierart zum Abschuss freizugeben».

Statt die Denkmalpflege zur «blossen Rekursinstanz» zu degradieren und zu schwächen, müsste sie angesichts der wichtiger werdenden Baukultur mit aktuellem Fokus auf Bestandspflege vielmehr gestärkt werden, meinen die Architekten. Seit Inkrafttreten des neuen Baugesetzes 2017 ist die Zahl der Baugesuche aus den Gemeinden bei der kantonalen Fachstelle ums Zwei- bis Dreifache auf 1000 Vorlagen pro Jahr angewachsen. Mit 360 Fachstellenprozenten ist die St. Galler Denkmalpflege seit längerem am Anschlag und im Vergleich zu ähnlich grossen Kantonen wie Aargau und Luzern oder dem Nachbar Thurgau krass unterdotiert.

Dass es für eine sachgerechte Beurteilung von Schutzobjekten kantonale Fachleute brauche, zeige sich im Denkmal- wie im Naturschutz, bekräftigten Verbandsleute der Umweltorganisationen. Aufgrund der eigenen «Leidensgeschichte» von fehlender Kompetenz oder Unwillen seitens der Gemeinden beim Naturschutz sei die Delegation der Denkmalpflege «ein kapitaler Fehler» und gleichsam «ein Freipass für die Abrissbirne», sagte WWF-Geschäftsführer Lukas Indermaur.

Gemeindeverband drängt auf Gesetzesänderung

Die Revision sei nicht nur kulturpolitisch, sondern auch ordnungspolitisch ein «Unsinn», erklärte die St. Galler Heimatschutz-Präsidentin Kathrin Hilber. «Eine untergeordnete Staatsebene über Schutzobjekte der oberen und erst noch zahlen-

«Als würde man eine vom Aussterben bedrohte Tierart zum Abschuss freigeben.»

Joshua Loher
Werkbund Ostschweiz

den Ebene entscheiden zu lassen, ist falsch.» Den Vorschlag durchgebracht habe die St. Galler Gemeindevereinigung VSGP, aus welchen Gründen könne nur vermutet werden – wohl spielten das im Kanton hochgehaltene Muster der Gemeindeautonomie und die rege Bautätigkeit speziell auch in der Ortskernverdichtung eine Rolle.

Um den «nicht durchdachten Schnellschuss» abwenden zu können, hoffen die Fach- und Schutzverbände nun zunächst auf Gehör bei der vorbereitenden Kommission. Diese ist an der Novembersession bestellt worden; präsidiert wird sie von FDP-Kantonsrat und Hauseigentümergebietungspräsident Walter Loher. Aufgrund der starken Lobbies von Bauwirtschaft und Gemeinden im Kantonsrat dürfte es ein zähes Kräftemessen werden. Notfalls müsse man zum Referendum greifen, meinen die Verbände. «Wir sind kampfbereit», sagte alt Regierungsrätin Hilber. Als St. Gallerin müsse sie sich oft «fremdschämen», wenn die Baukultur im Kanton «gegen die Vernunft und eigentlich auch gegen das Herz» leide. Dabei ginge es doch um prägende Ortsbilder und Bauten, die für die Mehrheit der Bevölkerung Identität stiften.

Andrang junger Afghanen an St. Galler Grenze hält an

1000 irregulär Eingereiste im November: Trotz Wintereinbruchs hat die Migration via Züge aus Österreich noch zugenommen.

Schnee und Kälte halten die Flüchtlinge aus Afghanistan, grösstenteils alleinreisende junge Männer, offenbar nicht von ihrer Zugreise nach Westeuropa ab: Der seit Sommer anhaltende Zustrom an den Grenzbahnhöfen Buchs und St. Margrethen ist im November weiter gestiegen. Nachdem im September 354 und im Oktober 632 sogenannte irregulär eingereiste Afghanen aufgegriffen wurden, waren es im November rund 1000 Personen, wie die eidgenössische Zollverwaltung mitteilt.

Genauere und aktuelle Zahlen liegen erst Ende Woche vor. Doch hat sich die Situation seit dem Wintereinbruch nicht wie erwartet entschärft, wie Florian Schneider, Mediensprecher der St. Galler Kantonspolizei, auf

Anfrage erklärt: «In den letzten Wochen war definitiv keine Abnahme zu verzeichnen. Die Zahlen sind höher als je zuvor.»

Ab Mitte Dezember beschleunigte Verfahren

Mitte November hatten Kantonspolizei, Zoll Ost und Migrationsbehörden an einer grossen Medienkonferenz in St. Gallen über die irreguläre Migration an der Rheintaler Grenze informiert. Bis zum Wintereinbruch werde der Zustrom noch zunehmen, dann aber merklich zurückgehen, hiess es damals. Nun ist dieser Rückgang trotz der Schneefälle und nächtlicher Minustemperaturen in den letzten beiden Wochen keineswegs eingetroffen. Die St. Galler Polizei gehe bei ihrer Einsatzplanung

weiterhin «vom jetzigen Niveau aus, um entsprechend vorbereitet zu sein», erklärt Kaposprecher Schneider. «Eine Prognose ist aus unserer Perspektive schwierig zu treffen. Sollten die Zahlen abnehmen, ist ein Zurückfahren des eingesetzten Personals einfacher als ein Nachaufgebot.»

An den bisherigen Erkenntnissen über Herkunft, Status oder Reiseziele der Flüchtlinge hat sich laut Polizeiangaben nichts verändert. Nach wie vor handelt es sich bei den Migranten mehrheitlich um junge Männer aus Afghanistan, die nach Frankreich oder England weiterreisen wollen. Nur eine kleine Minderheit – weniger als zehn Prozent – stellt ein Asylgesuch in der Schweiz. Und nach wie vor

stelle man fest, dass «praktisch alle Migranten sehr schnell untertauchen». Die angekündigten verschärften Grenzkontrollen Frankreichs und die dramatische Situation am Ärmelkanal, die zum Tod von 27 Bootsmigranten führte, hatten bis jetzt anscheinend keinen Einfluss auf die Reiseabsichten der afghanischen Flüchtlinge.

In einem provisorischen Bearbeitungszentrum auf dem Buchser Industrieareal Ochsen sand sollen die Zoll- und Polizeikräfte sowie Migrationsbehörden demnächst «effizient Hand in Hand arbeiten». Wenn das Zentrum – ab Mitte Dezember – in Betrieb ist, werde man sämtliche Verfahrensschritte seitens der Zollverwaltung und des Kantons St. Gallen innerhalb

eines Tages erledigen können, heisst es.

Notfallplanung soll bis Frühling verbessert sein

Die Einrichtung des Bearbeitungszentrums gehört zu den Massnahmen, die der Kanton aufgrund der zugespitzten Lage an der Grenze getroffen habe, wie die St. Galler Regierung in ihrer Antwort auf eine SVP-Interpellation schreibt. Ausserdem habe die Kantonspolizei in Zusammenarbeit mit dem Fedpol bei den österreichischen Behörden «zur Eindämmung der Schleppertätigkeit interveniert». Zentral seien jedoch die Verhandlungen mit Österreich zu einem vereinfachten Rückübernahmeabkommen. Die von der SVP geforderte Unterstüt-

zung des Zoll- und Polizeipersonals durch die Armee ist für die Regierung vorläufig kein Thema. Bei grossen Migrationsbewegungen sei die Sicherung der Landesgrenze primär Aufgabe des Bundes. Aus diesem Grund werde die gemeinsame Notfallplanung von Bund und Kantonen im Bereich Asyl «überarbeitet und aktualisiert».

Im Frühjahr 2022 rechne das SEM mit Weiterwanderungszahlen, die ähnlich hoch oder höher sind als jene im Sommer 2021. Die Regierung sei zuversichtlich, wie sie schreibt, dass bis dann die Notfallplanung zu Kontrollen an den Landesgrenzen stehe. «Und damit auch ein allfälliger Beizug der Armee.»

Marcel Elsener